

Stadt Braunschweig

Die Bezirksbürgermeisterin im
Stadtbezirk Östliches
Ringgebiet

Protokoll

Sitzung des Stadtbezirksrates im Stadtbezirk 120 Östliches Ringgebiet - Hybrid-Sitzung-

Sitzung: Mittwoch, 19.01.2022

Ort: Stadthalle Braunschweig, Congress Saal, St. Leonhard 14, 38102 Braunschweig

Beginn: 19:00 Uhr

Ende: 21:05 Uhr

Anwesend

Vorsitz

Frau Juliane Krause - B90/GRÜNE

Mitglieder

Frau Susanne Hahn - SPD	online
Herr Marvin Pawelczyk - CDU	
Frau Hanna Märgner-Beu - BIBS	
Herr Martin Buchholz - B90/GRÜNE	
Herr Merlin Yilmaz - CDU	
Frau Dr. Ingeborg Göbel - CDU	ab TOP 2
Frau Ellen Hannebohn - SPD	online
Frau Dr. Christa Karras - B90/GRÜNE	online
Herr Marc Knittel - Die PARTEI Niedersachsen	
Frau Leonore Köhler - B90/GRÜNE	online
Herr Dr. Erwin Petzi - DIE LINKE.	
Herr Gordon Schnepel - B90/GRÜNE	online
Herr Ingo Schramm - FDP	
Herr Peter Strohbach - SPD	online
Herr Gregor Theeg - B90/GRÜNE	
Frau Lea Morgaine Weber - B90/GRÜNE	online
Frau Nadine Wunder - SPD	online

weitere Mitglieder

Frau Lisa-Marie Jalyschko - B90/GRÜNE	online
Frau Sabine Kluth - B90/GRÜNE	online
Frau Kathrin Karola Viergutz - B90/GRÜNE	online

Verwaltung

Herr Marius Beddig - Verwaltung

Abwesend

Mitglieder

Herr Nils Bader - SPD

weitere Mitglieder

Herr Christoph Bratmann - SPD

Frau Rabea Göring - B90/GRÜNE

Herr Carsten Lehmann - FDP

Frau Aniko Merten - FDP

Frau Gisela Ohnesorge - Die FRAKTION. BS

Frau Antoinette von Gronefeld - CDU

Tagesordnung

Öffentlicher Teil:

- | | | |
|-----|---|----------|
| 1 | Eröffnung der Sitzung | |
| 2 | Pflichtenbelehrung und Verpflichtung des Stadtbezirksratsmitglieds
Frau Hanna Märgner-Beu gemäß § 91 Abs. 4 Niedersächsisches
Kommunalverfassungsgesetz | |
| 3 | Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 17.11.2021 | |
| 4 | Mitteilungen | |
| 4.1 | Bezirksbürgermeister/in | |
| 4.2 | Verwaltung | |
| 5 | Anträge | |
| 5.1 | Verhinderung des Parkens im Kurvenbereich Nußbergstraße / Ro-
senstraße | 22-17603 |
| 5.2 | Fahrradabstellanlagen Max-Osterloh-Platz | 22-17626 |
| 6 | Planung einer Fuß- und Radwegunterführung als Ersatz für den
Bahnübergang Grünewaldstraße | 21-17455 |
| 7 | Ideenplattform: Beleuchtung Calisthenics-Anlage Prinzenpark /
Beleuchtung Prinzenpark | 22-17686 |
| 8 | Ideenplattform: Erdhügel erhalten am neuen Pferdethemenspiel-
platz | 22-17688 |

9	Ideenplattform: Konzept für einen verschmutzungsarmen Prinzenpark	22-17689
10	Verwendung von Haushaltsmitteln	
11	Anfragen	
11.1	Ampel in der Mitte der Gliesmaroder Straße	22-17627
11.2	Straßenschäden nach Verlegung von Glasfaserkabeln	22-17608
11.2.1	Straßenschäden nach Verlegung von Glasfaserkabeln	22-17608-01
11.3	Querung des Hagenrings an der Göttingstraße	21-17373
11.4	Radverkehrsführung Gliesmaroder Bahnhof	22-17628
11.5	Straßensperrung Brodweg	22-17610
11.5.1	Straßensperrung Brodweg	22-17610-01
11.6	Riesige Pfütze auf Fahrradweg am Ring	22-17560
11.6.1	Riesige Pfütze auf Fahrradweg am Ring	22-17560-01
11.7	Querungsmöglichkeit Roonstraße zur Wiesenstraße über den Hagenring	21-16421
11.8	Weitere Planungen Moltkestraße	21-16693

Protokoll

Öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung

Frau Bezirksbürgermeisterin Krause eröffnet die Sitzung, begrüßt die Teilnehmenden und stellt die Ordnungsmäßigkeit der Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

Sie begrüßt die Mitglieder des Stadtbezirksrates 112 für die gemeinsame Anhörung zu TOP 6.

Im Anschluss findet die Einwohnerfragestunde statt.

Frau Krause schlägt vor, dass die Tagesordnungspunkte 6 bis 9 nach dem Punkt Mitteilungen behandelt werden und anschließend mit dem Punkt "Anträge" fortgesetzt wird.

Die Tagesordnung wird mit dieser Änderung festgestellt.

2. Pflichtenbelehrung und Verpflichtung des Stadtbezirksratsmitglieds Frau Hanna Märgner-Beu gemäß § 91 Abs. 4 Niedersächsisches Kommunalverfassungsgesetz

Frau Bezirksbürgermeisterin Krause weist Frau Hanna Märgner-Beu auf die ihr nach den §§ 40 bis 42 NKomVG obliegenden Pflichten hin und verpflichtet sie, ihre Aufgaben nach bestem Wissen und Gewissen wahrzunehmen und die Gesetze zu beachten.

Diese Verpflichtung wird aktenkundig gemacht.

3. Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 17.11.2021

Frau Bezirksbürgermeisterin Krause lässt über die Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 17. November 2021 abstimmen.

Das Protokoll wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig angenommen.

4. Mitteilungen

4.1. Bezirksbürgermeister/in

Frau Bezirksbürgermeisterin Krause thematisiert die Einrichtung einer Tempo-30-Regelung auf der Ebertallee im Bereich der Zufahrt zur städtischen Kita Prinzenpark. Sie berichtet von Elternanrufen, dass das sichere Ein- und Aussteigen ins Auto für die Kinder nicht möglich ist. Als einzige Möglichkeit steht momentan das eingeschränkte Halteverbot an der Ebertallee vor der Parkeinfahrt zum Kitagelände zur Verfügung. Das führt zu Konflikten mit Radfahrenden auf dem Radweg und mit anderen Pkws. Sie spricht den Schotterplatz neben der Einfahrt zur Kita an und erinnert, dass es dazu einen einstimmigen Beschluss des Stadtbezirksrates gegeben hat, hier eine Elternhaltestelle einzurichten. Sie wird sich diesbezüglich mit der Verwaltung in Verbindung setzen.

Frau Krause spricht den Arbeitskreis "Älterwerden im Quartier" an. Frau Dr. Karras und Frau Mund hätten sich bereiterklärt, in dem Arbeitskreis mitzuwirken.

Frau Krause informiert, dass vorgesehen ist, dass die Verwaltung in der Sitzung am 9. März 2022 über das Thema "Bahnhof und Bahnhofsumfeld Gliesmarode" berichtet. Zudem soll die IGS Franzsesches Feld in einer der nächsten Sitzungen eingeladen werden, um über das Management Information Game zu informieren.

Frau Krause berichtet weiter, dass demnächst ein grüner Poller in der Yorkstraße gesetzt werden soll.

4.2. Verwaltung

Die Verwaltung berichtet über die ergangenen Mitteilungen außerhalb von Sitzungen und Kurzinformationen:

29.11.2021: 21-16413-01: Umfeld Bahnhof Gliesmarode: Schlechte Planung oder wird nachgebessert?

01.12.2021: Bombenfund nahe der Mastbruchsiedlung

08.12.2021: Einbau Bolzplatztore IGS Franzsesches Feld

09.12.2021: Krähen in der Stadt

19.01.2022: 21-17429 Abrechnung von Straßenbaumaßnahmen nach der Straßenausbau-beitragssatzung - Aufwandsspaltung und Abschnittsbildung

Die Mitglieder des Stadtbezirksrates stimmen auf Verfahrensvorschlag der Verwaltung zu, wonach die nichtöffentlichen Kontaktdaten der Stadtbezirksratsmitglieder nicht an Dritte herausgegeben werden sollen, sondern die Informationen der Dritten über die Bezirksgeschäftsstelle an die Stadtbezirksratsmitglieder weitergeleitet werden sollen.

Die Verwaltung berichtet, dass derzeit ein Informationsschreiben an die Anwohnerinnen und Anwohner der Yorkstraße vorbereitet wird. Erst im Anschluss soll der neue Poller gesetzt werden.

5. Anträge

5.1. Verhinderung des Parkens im Kurvenbereich Nußbergstraße / Rosenstraße 22-17603

Frau Bezirksbürgermeisterin Krause lässt über den Antrag abstimmen.

Beschluss - Anregung gem. § 94 Abs. 3 NKomVG:

"Wir beantragen, den westlichen Teil der genannten Kreuzung baulich so zu gestalten wie den östlichen Teil bzw. andere entsprechend umgebaute Kreuzungen in der Umgebung.

Sollte dies zeitnah nicht möglich sein, beantragen wir die Aufbringung einer Sperrflächenmarkierung im Kurvenbereich."

Abstimmungsergebnis:

18 dafür 0 dagegen 0 Enthaltungen

5.2. Fahrradabstellanlagen Max-Osterloh-Platz 22-17626

Herr Schramm vertritt die Auffassung, dass die Verwaltung über die Örtlichkeit der Einrichtung der Fahrradabstellanlagen entscheiden sollte. Zudem sollte die Zahl auf 20 erhöht werden.

Frau Krause schlägt vor, dass der Antrag dahingehend geändert wird, dass der Grünbereich in der Mitte des Platzes beispielhaft für die Aufstellung der Fahrradabstellanlagen angeführt wird und lässt darüber abstimmen.

Beschluss - Anregung gem. § 94 Abs. 3 NKomVG (geändert):

"Die Verwaltung wird gebeten, auf dem Max-Osterloh-Platz, **z. B.** im Bereich der Grünfläche, mindestens 10 Fahrradbügel zu installieren. Die Fahrradbügel sollen auch für das Anschließen von Kinderfahrrädern (Mittelholm) geeignet sein."

Abstimmungsergebnis:

18 dafür 0 dagegen 0 Enthaltungen

6. Planung einer Fuß- und Radwegunterführung als Ersatz für den Bahnübergang Grünewaldstraße 21-17455

Gemeinsame Anhörung zusammen mit dem Stadtbezirksrat 112

Frau Bezirksbürgermeisterin Krause begrüßt zu diesem Tagesordnungspunkt Frau Ehrenreich und Herrn Lau (beide FB 66) als Vertretung der Verwaltung.

Frau Krause macht deutlich, dass die Beschlussvorlage aus Sicht des Stadtbezirksrates 120 deutlich zu spät durch die Verwaltung vorgelegt wurde.

Herr Buchholz teilt diese Ansicht und weist darauf hin, dass eine tiefergehende Vorbereitung und ggf. die Einholung weiterer Expertise in der kurzen Zeit nicht möglich gewesen sind. Er macht Beratungsbedarf geltend. Auch Frau Wunder macht Beratungsbedarf geltend.

Herr Masurek schließt sich den Ausführungen an und macht ebenfalls Beratungsbedarf geltend. Auch Herr Klie äußert Beratungsbedarf.

Herr Berger erklärt, dass er der Vorlage zustimmen könnte.

Frau Bezirksbürgermeisterin Krause und Herr Bezirksbürgermeister Chmielnik lassen über die Geltendmachung von Beratungsbedarf abstimmen.

Abstimmungsergebnis zum Beratungsbedarf:

SBR 120: 14 dafür 3 dagegen 1 Enthaltung

SBR 112: 13 dafür 1 dagegen 0 Enthaltungen

Frau Bezirksbürgermeisterin Krause übergibt das Wort an Frau Ehrenreich und Herrn Lau.

Herr Lau äußert eingangs sein Bedauern darüber, dass die Verwaltung die Vorlage derart kurzfristig vorgelegt hat.

Frau Ehrenreich erläutert die Inhalte der Vorlage und macht deutlich, dass der für 2024 fest eingeplante Bau des elektronischen Stellwerkes nicht ebenfalls auf 2027 verschoben werden kann. Dies hänge unter anderem damit zusammen, dass zeitgleich weitere Maßnahmen an der Bahnstrecke erfolgen und die Maßnahmen koordiniert in gemeinsamen Sperrpausen stattfinden sollen. Je nach Reiseziel entstehe für Fußgänger und Radfahrer bei Nutzung der Alternativrouten insgesamt ein Umweg von 100 bis 200 Metern. Sie betont, dass auf höherer Ebene Gespräche mit der Bahn mit dem Ziel vorgesehen sind, die Zeit der nicht nutzbaren Gleisquerung soweit wie möglich zu verkürzen.

Frau Märgner-Beu weist auf den sehr langfristigen Planungshorizont hin und fragt, ob auch über eine Überführung und über die Auswirkungen auf den Schulweg der Schülerinnen und Schüler der IGS Franzsesches Feld nachgedacht wurde. Herr Lau antwortet, dass eine Fertigstellung der Maßnahme 2027 angestrebt wird, längere Schulwege gingen mit der Maßnahme für die Übergangszeit unweigerlich einher. Hinsichtlich einer Überführung weist er auf die bestehenden Höhenunterschiede hin, die eine Unterführung nahelegen, allerdings befinde sich die Deutsche Bahn am Anfang der Planung, sodass verschiedene Varianten geprüft werden können. Frau Krause merkt hierzu an, dass im Beschlusstext der Vorlage deutlich von einer Unterführung die Rede ist.

Herr Klie fragt nach den Wegebeziehungen, die bei der Berechnung der Umwege zugrunde gelegt worden sind und welche Entfernung zurückgelegt werden muss, wenn von der einen Seite des Bahnübergangs die andere Seite des Bahnübergangs erreicht werden möchte. Er spricht in diesem Zusammenhang das Verkehrsaufkommen auf der Berliner Straße und dem Ringleis an. Frau Ehrenreich antwortet, dass sich Verkehre auf unterschiedliche Wege verlagern werden. Für die genannte Wegebeziehung unmittelbar zwischen den beiden Seiten des Bahnübergangs betrage der nördliche Umweg ca. 2 mal 400 Meter und der südliche Umweg ca. 1000 Meter. Frau Ehrenreich stellt aber klar, dass bei den Umweglängen Wegebeziehungen aus z.B. dem Östlichen Ringgebiet zur Querumer Straße oder nach Riddags-

hausen betrachtet wurden und nicht nur die Wegstrecke, die lediglich bis zur Erreichung der anderen Bahnübergangsseite erforderlich ist.

Frau Keller thematisiert ebenfalls die Möglichkeit einer Überführung und weist darauf hin, dass eine Unterführung Angsträume schaffen könne. Herr Lau entgegnet, dass der Verwaltung der Aspekt „Angsträume“ sehr wichtig ist und genau dies in die Planung der Bahn mit Nachdruck eingebracht werden wird. Auch die städtische Gleichstellungsbeauftragte habe diesen Aspekt bereits gegenüber der Bauverwaltung angeführt. Er weist darauf hin, dass eine Unterführung nicht im Sinne eines Tunnels verstanden werden sollte, vielmehr handele es sich um zwei hintereinander gelegene Brücken, auf denen die Gleise verlaufen.

Frau Jenzen fragt nach den Kosten einer Unterführung und nach den akustischen Signalen, die von den Zügen unter Berücksichtigung der erhöhten Taktfrequenz ausgehen. Herr Lau antwortet, dass eine Unterführung Kosten i. H. v. „drei Millionen Euro plus x“ bedeutet und dass bei einer planfreien Lösung, also bei einer Unter- oder Überführung keine akustischen Signale durch die Züge erforderlich sind. Hingegen würden bei einer Schrankenlösung dauerhafte akustische Signale während des Schließvorgangs und während der Schließzeit durch die Schrankenanlage ertönen.

Auf Nachfrage von Herrn Theeg antwortet Frau Ehrenreich, dass sich die Schließzeit von fünf Minuten pro Zugpassage durch das elektronische Stellwerk nur minimal verkürzen wird. Er thematisiert die Frage, wie viele Schließvorgänge der Schranke es bei einer Frequenz von zehn Zügen pro Stunde geben würde und fragt in diesem Zusammenhang nach den Planungen für ein zweites Gleis. Da der Wunsch im Stadtbezirksrat geäußert wurde, dass bei der nächsten Sitzung zu dem Thema auch Vertreter der Bahn und des Regionalverbandes zugegen sein sollten, merkt Herr Lau an, dass zum Thema der Zweigleisigkeit der Regionalverband Informationen geben könne.

Herr Chmielnik fragt, welche Lösungsansätze es zur Realisierung einer Bahnsteigzuwegung beim Neubau einer Unterführung gibt. Er bittet um eine Konkretisierung, warum die Bahn eine Realisierung beider Projekte (Bau des Bahnübergangs bis 2024 mit neuer Technik und kurze Zeit später erfolgender Bau einer Unterführung) ablehnt. Zudem fragt er, welche Folgen es hätte, wenn die Stadt dem Vorgehen entsprechend des Verwaltungsvorschlages nicht folgen würde. Herr Lau erläutert, dass bei einer Unterführung der Gleise dies durch zwei getrennte Brücken erfolgen würde und in der Lücke zwischen diesen Brücken könnte über eine Treppe oder Rampe ein Zugang zum Mittelbahnsteig des Bahnhofs Gliesmarode gebaut werden. Bahnübergänge werden bei der Bahn mit Abschreibungszeiträumen von 20 Jahren in den Büchern geführt und erst nach Ablauf dieser Zeit wäre demnach eine Erneuerung oder Umbau denkbar. Zur dritten Frage erklärt Herr Lau, dass bei einer Ablehnung der Unterführung durch die Stadt die Bahn den Bahnübergang in Form einer 1:1-Erneuerung mit neuer Technik bis 2024 bauen würde.

Frau Wunder fragt, ob die Nutzung des Gliesmaroder Bades durch die Schülerinnen und Schüler der IGS Franzsesches Feld bedacht wurde.

Auf Nachfrage von Frau Krause antwortet Herr Lau, dass eine Kompatibilität mit dem Ringgleis und der Radschnellverbindung angestrebt wird und diese Planungen unabhängig von diesen Planungen am Bahnübergang weitergeführt werden. Frau Krause bittet um die Teilnahme eines Vertreters der Bahn oder des Regionalverbandes in der nächsten Sitzung zu dem Thema. Herr Lau sagt zu, diese Bitte weiterzugeben. Ein breites Beteiligungsverfahren werde angestrebt.

Herr Buchholz fragt, wie hoch die Chancen eingeschätzt werden, dass auf höherer Ebene eine Verkürzung der Bauzeit erreicht werden kann, ob eine Behelfsbrücke denkbar wäre, welche weiteren Optionen es gibt und ob es für die Zeit bis zur nächsten Beratung des Themas im Bezirksrat einen Ansprechpartner in der Verwaltung gibt. Herr Lau antwortet, dass die Chancen durch ihn nicht abgeschätzt werden können. Baulich sei grundsätzlich vieles denkbar, auch eine Fußgängerbrücke während der Bauzeit. Wer allerdings die Kosten für solch eine Brücke tragen würde, müsste geklärt werden.

Herr Schramm fragt nach der Berücksichtigung der Belange des Naturschutzes und in wie weit eine Elektrifizierung der Strecke mitgedacht würde. Herr Lau stimmt Frau Krause darin zu, dass dies im Planfeststellungsverfahren gewürdigt wird. Eine Elektrifizierung der Strecke werde grundsätzlich in den Überlegungen mitgedacht.

Frau Ehrenreich antwortet auf Nachfrage von Frau Jenzen, dass derzeit noch nicht geklärt ist, ob private Grundstücke angekauft werden müssen.

Frau Ehrenreich antwortet auf Nachfrage von Frau Märgner-Beu, dass möglicher Starkregen bei der Planung einer Unterführung Berücksichtigung finden würde.

Frau Bezirksbürgermeisterin Krause beendet die Beratung über den Tagesordnungspunkt und weist auf eine neue Beratung im März 2022 bzw. im Rahmen einer Sondersitzung hin.

Frau Krause und Herr Chmielnik bedanken sich für die gemeinsame Beratung und bei Frau Ehrenreich und Herrn Lau für die Vorstellung der Vorlage.

Abstimmungsergebnis:

Die Stadtbezirksräte 120 und 112 haben Beratungsbedarf geltend gemacht und über den Beratungsbedarf abgestimmt:

SBR 120:	14 dafür	3 dagegen	1 Enthaltung
SBR 112:	13 dafür	1 dagegen	0 Enthaltungen

7. Ideenplattform: Beleuchtung Calisthenics-Anlage Prinzenpark / Beleuchtung Prinzenpark 22-17686

Frau Märgner-Beu hinterfragt die Beeinträchtigung durch die Beleuchtung auf die Tierwelt. Herr Strohbach hält eine zeitliche Begrenzung der Beleuchtung für denkbar. Herr Schnepel kann der Vorlage zustimmen.

Frau Krause lässt über die Vorlage abstimmen.

Beschluss (Anhörung gem. § 94 Abs. 1 NKomVG):

"Dem Vorschlag aus der Ideenplattform im Beteiligungsportal „Mitreden" zur Errichtung einer Beleuchtung der Calisthenics-Anlage (Station 1) im Prinz-Albrecht-Park an der Sportanlage „Freie Turner" wird zugestimmt."

Abstimmungsergebnis:

18 dafür 0 dagegen 0 Enthaltungen

8. Ideenplattform: Erdhügel erhalten am neuen Pferdethemenspielplatz 22-17688

Herr Schnepel kann der Vorlage zustimmen. Frau Märgner-Beu sieht in dem Erdhügel nur eine geringe Beeinträchtigung der Parkanlage und spricht sich für einen Erhalt des Erdhügels aus. Herr Schramm weist darauf hin, dass unklar ist, ob der Erdhügel in seiner jetzigen Gestalt als Spielmöglichkeit überhaupt geeignet ist. Herr Theeg weist auf Sicherheitsbedenken hin. Frau Krause stellt die Vorlage zur Abstimmung.

Beschluss (Anhörung gem. § 94 Abs. 1 NKomVG):

"Die Idee, den Erdhügel am neuen Pferdethemenspielplatz im Prinzenpark dauerhaft zu erhalten, wird nicht umgesetzt."

Abstimmungsergebnis:

13 dafür 3 dagegen 2 Enthaltungen

9. Ideenplattform: Konzept für einen verschmutzungsarmen Prinzenpark 22-17689

Frau Bezirksbürgermeisterin Krause stellt die Vorlage zur Abstimmung.

Beschluss (Anhörung gem. § 94 Abs. 1 NKomVG):

"Das bestehende Reinigungskonzept für den Prinz-Albrecht-Park ist ausreichend für eine weitestgehend saubere Parkanlage.
Der Bürgervorschlag aus der Ideenplattform wird deshalb nicht umgesetzt."

Abstimmungsergebnis:

17 dafür 0 dagegen 1 Enthaltung

10. Verwendung von Haushaltsmitteln

Es liegen keine Zuschussanträge vor.

11. Anfragen

11.1. Ampel in der Mitte der Gliesmaroder Straße 22-17627

Es liegt keine Stellungnahme der Verwaltung vor.

Frau Märgner-Beu kritisiert die lange Bearbeitungsdauer der Anfrage.

11.2. Straßenschäden nach Verlegung von Glasfaserkabeln 22-17608

s. 11.2.1

11.2.1. Straßenschäden nach Verlegung von Glasfaserkabeln 22-17608-01

Die Stellungnahme der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

11.3. Querung des Hagenrings an der Göttingstraße 21-17373

Es liegt keine Stellungnahme der Verwaltung vor.

11.4. Radverkehrsführung Gliesmaroder Bahnhof 22-17628

Es liegt keine Stellungnahme der Verwaltung vor.

11.5. Straßensperrung Brodweg 22-17610

s. TOP 11.5.1

11.5.1. Straßensperrung Brodweg 22-17610-01

Die Stellungnahme der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

Frau Wunder würde die Ermöglichung eines kurzzeitigen Kreuzens des Brodweges begrüßen.

11.6. Riesige Pfütze auf Fahrradweg am Ring **22-17560**

s. TOP 11.6.1

11.6.1. Riesige Pfütze auf Fahrradweg am Ring **22-17560-01**

Die Stellungnahme der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

11.7. Querungsmöglichkeit Roonstraße zur Wiesenstraße über den Hagenring **21-16421**

Es liegt keine Stellungnahme der Verwaltung vor.

Frau Bezirksbürgermeisterin Krause mahnt die Vorlage einer Antwort an.

11.8. Weitere Planungen Moltkestraße **21-16693**

Es liegt keine Stellungnahme der Verwaltung vor.

Frau Bezirksbürgermeisterin Krause mahnt die Vorlage einer Antwort an.

Frau Bezirksbürgermeisterin Krause bedankt sich bei den Teilnehmenden und schließt die Sitzung um 21:05 Uhr.

gez.

Juliane Krause
Bezirksbürgermeisterin

gez.

Marius Beddig
Protokollführung



SPNV-Konzept 2030+

Bahnhof Braunschweig – Gliesmarode: Überlegungen zum BÜ Grünewaldstraße

SPNV-Konzept 2030+

BÜ Grünewaldstraße

Ausgangslage:

- DB Netz AG plant Ersatz der mechanischen Stellwerkstechnik im Bf. Braunschweig-Gliesmarode durch ein ESTW
- Für den 1:1-Ersatz ist kein Planfeststellungsverfahren notwendig
- Das ESTW soll 2024 in Betrieb gehen – nach aktuellem Stand mit neuer Bahnübergangstechnik
- Der Regionalverband plant eine erhebliche Ausweitung des Angebotes im SPNV im Bereich Gliesmarode
- Die Zahl der Güterzüge wird steigen
- Nach der Novellierung des Eisenbahnkreuzungsgesetzes trägt ein kommunaler Straßenbaulastträger bei der Auflassung eines Bahnübergangs keine Kosten



Anfrage des Aufgabenträgers an die Stadt Braunschweig, ob es nicht sinnvoll wäre, die Chance zu einer BÜ-Aufhebung zu nutzen.

SPNV-Konzept 2030+

BÜ Grünewaldstraße

Herangehensweise:

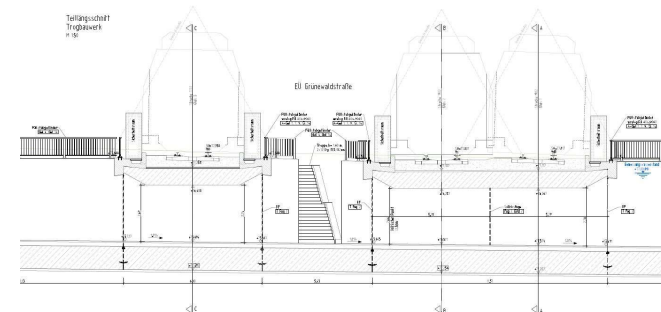
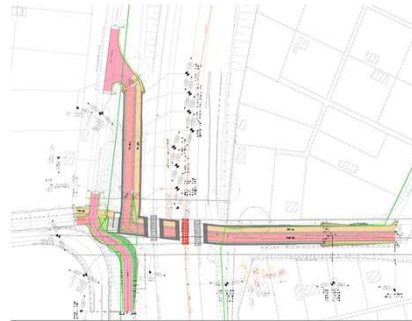
- Der Regionalverband prüft in Abstimmung mit der Stadt Braunschweig die grundsätzliche Machbarkeit eines Ersatzes des Bahnüberganges.
- Es geht darum, herauszufinden, ob es EINE Lösung gibt. Varianten, Detailbetrachtungen, Gestaltungsfragen werden nicht betrachtet. Das wäre Inhalt einer Planung.
- Die Ersatzlösung soll – wenn geometrisch möglich – den von der Stadt gewünschten Bahnsteigzugang von der Grünewaldstraße ermöglichen.
- Nach Rücksprache mit der DB Netz AG: Zustimmung zum BÜ-Ersatz, IBN-Termin kann nicht geändert werden
- Wenn Lösung möglich: Stadt Braunschweig startet Prozess zu einer EKrG-Ersatzmaßnahme

SPNV-Konzept 2030+

BÜ Grünewaldstraße

Ergebnisse:

- Es gibt eine Lösung für eine Unterführung einschl. zusätzlichem Bahnsteigzugang
- Wegen der an der Westseite komplexen Situation (Denkmalschutz, Baumbestand Grünewaldstraße, Ringgleisweg) werden 2 Lösungsansätze für die Rampe erarbeitet.

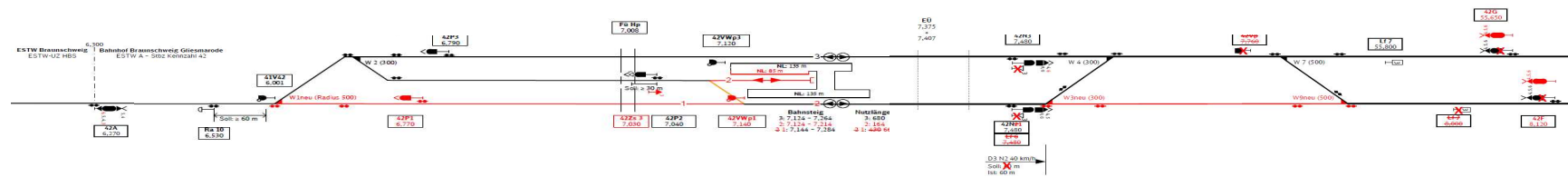


SPNV-Konzept 2030+

BÜ Grünewaldstraße

Situation beim Fortbestand eines Bahnübergangs:

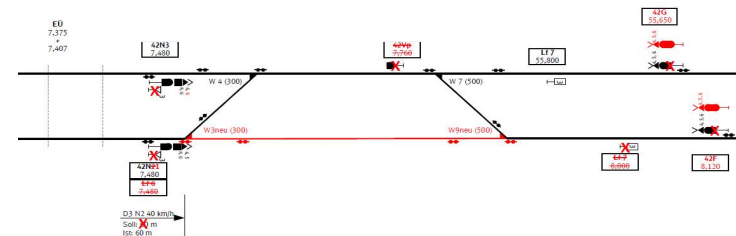
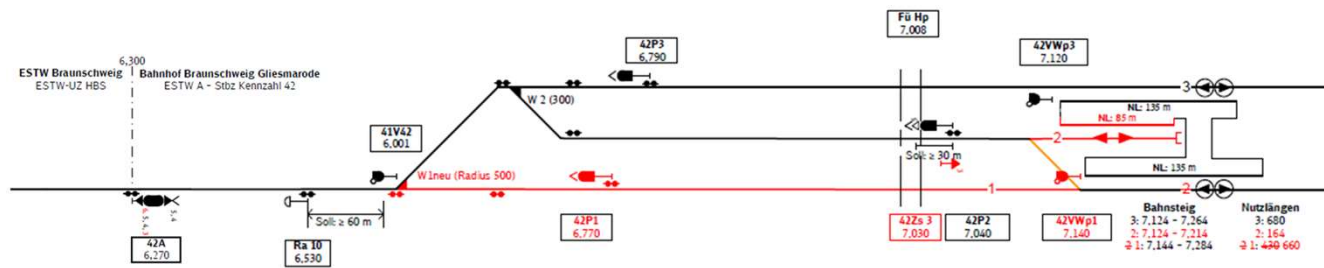
- Anpassung des Spurplans im Bahnhof bis ca. 2030
- Signalstandorte weitgehend unverändert



Fragen



Backup





NETZE

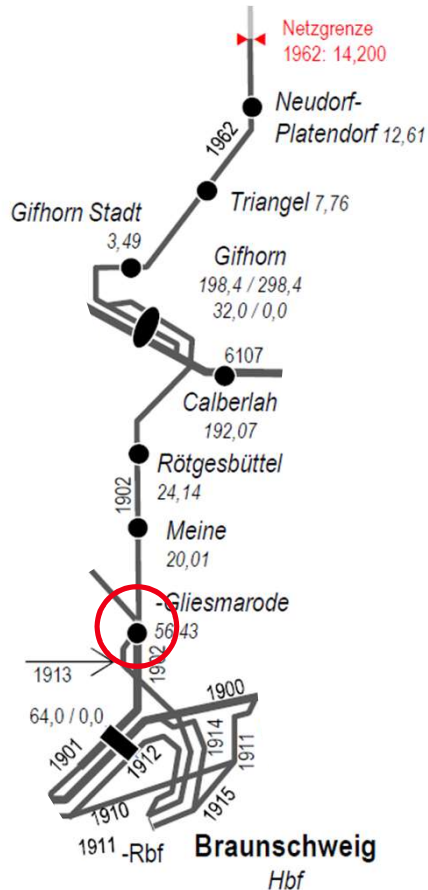
Bahnübergang Grünewaldstraße

Sachstand Erneuerung Stellwerk Gliesmarode

DB NETZE | Robert Brinkmann | I.NA-N-N-HAN | 22.02.2022

Warum wir etwas tun

Die DB Netz erneuert Bahnübergang und Stellwerk



- Der mechanische Bahnübergang Grünwaldstraße wird erneuert
- Das mechanische Stellwerk Braunschweig-Gliesmarode, welches den Bahnübergang stellt wird ebenfalls erneuert
- Das Stellwerk wird auf moderne elektronische Stellwerkstechnik umgebaut, in dem Zusammenhang ist ein mechanischer Bahnübergang nicht mehr steuerbar



Warum muss das Stellwerk bereits in 2024 realisiert werden

Moderne Technik für Strecke Braunschweig-Gifhorn

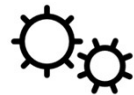
Verfügbarkeit



- **Qualität**

Störanfälligkeit der Anlagen durch moderne Technik erheblich reduziert

Technik



- **Obsoleszenz**

Die Ersatzteilversorgung für mechanische Technik ist nicht sichergestellt. Ersatzteile sind oft nur schwer zu besorgen

Personal



- **Personalintensiv**

hohes demografisches Risiko für Besetzung der alten Stellwerke

- **Personal**

Aufgrund der alten Technik gibt es wenige Möglichkeiten die Stellen nachzubesetzen

Planung



- **Abstimmung**

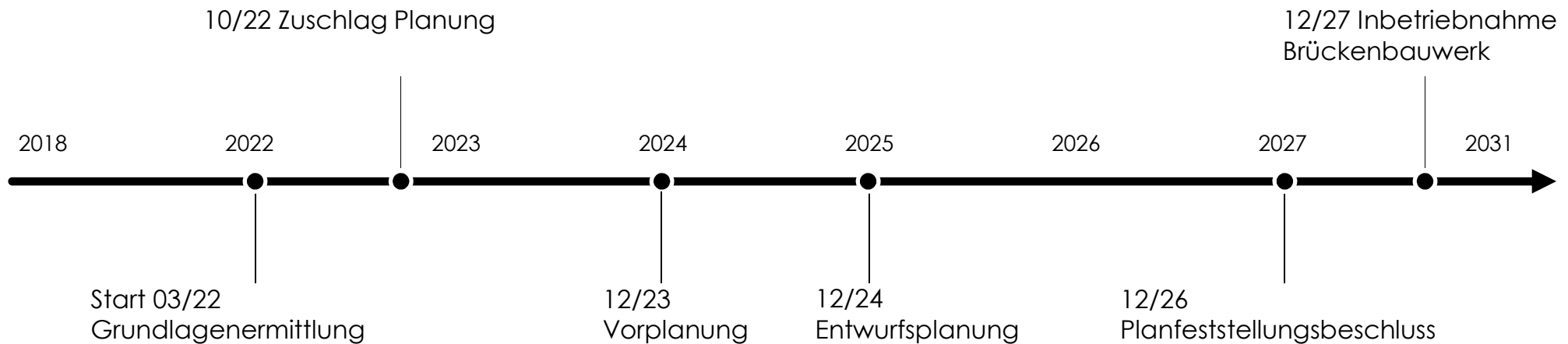
Abstimmung bereits im Januar 2019 mit Kreuzungspartner zur Bahnübergangserneuerung

- **Vorläufe**

Anpassungen des abgestimmten und bereits initiierten Vorgehens erfordern enorme zeitliche Vorläufe

Ausblick

Wie könnte bis 2027 eine Brücke *im Idealfall* realisiert werden?



*Prämisse: kooperatives Vorgehen in
Planfeststellungs-/Genehmigungsphase*



NETZE